

## **Nicht mit meinem Spargeld!**

Auch St. Galler Pensionskassen investieren ins schmutzige Geschäft mit der Rüstung. Das zeigt eine Umfrage. „Geld für Waffen tötet!“. Mit diesem Slogan schaffte es GSoA-Aktivistin Louise Schneider im April 2017 zu nationaler Berühmtheit und sogar zu Schlagzeilen in der Weltpresse. Das „Sprayer-Crosi“ („Blick“) schrieb ihre Anklage direkt auf eine Bauabschrankung vor der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in Bern. Sie prangerte damit die Investitionen in Rüstungsfirmen (darunter sogar Atomwaffenproduzenten!) an. Gleichzeitig machte sie beste Werbung für die gleichentags von der GSoA und rund 40 unterstützenden Organisationen lancierte Initiative „Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten“

### **„Das machen die nicht!“**

Die Erfahrungen beim Unterschriftensammeln zeigten: Die meisten Leute können gar nicht glauben, dass die Nationalbank oder die Pensionskassen in Rüstungsunternehmen investieren. „Das machen die sicher nicht! Das dürfen die doch gar nicht!“ Dies die beiden häufigsten Missverständnisse auf der Strasse. Wenn man dann die Leute mit konkreten Beispielen und Fakten über die massive Verstrickung der Schweizer Finanzindustrie in den globalen Waffenhandel aufklärte, wick die erste Verblüffung einer grossen Empörung. Wie aber steht es bei den grössten Pensionskassen der öffentlichen Hand im Kanton St. Gallen? Diese haben auch deshalb eine besondere Verantwortung, weil die Arbeitgeberbeiträge aus Steuergeldern stammen. „links“ stellte die Frage schriftlich den Geschäftsführern der wichtigsten Pensionskassen der öffentlichen Hand. Mit einem klaren Ja antwortet die St. Galler Pensionskasse: „Die sgpk ist in Rüstungsunternehmen investiert. Sie hat sich jedoch entschlossen, die Aktien einiger Waffenproduzenten auszuschliessen. Die Umsetzung dieser Praxisänderung ist im Gange. Ein gänzlicher Ausschluss des Rüstungsbereiches ist indessen nicht geplant.“ Geschäftsführer Benedikt Häfliger verweist zudem auf die Ethos-Mitgliedschaft und das eigene umfassende Nachhaltigkeitskonzept.

### **Deckmantel Nachhaltigkeit**

Auch die ProPublic Vorsorge Genossenschaft, bei der viele Gemeinden angeschlossen sind, verweist auf die Nachhaltigkeit. Sie halte keine Aktien von Rüstungsunternehmen und achte beim Kauf von Fonds, dass diese nachhaltig zusammengesetzt seien. Gemäss VR-Präsident Cornel Egger sollte das Investitionen in Rüstungsunternehmen ausschliessen. Leider bedeutet ein „nachhaltiges Fondsprodukt“ jedoch noch längst nicht, dass alle Waffenproduzenten ausgeschlossen sind, sondern im Normalfall nur, dass die übelsten Unternehmen (etwa Atomwaffenhersteller) nicht enthalten sind. Auch die Pensionskasse der Stadt Rapperswil-Jona scheint sich zu wenig bewusst zu sein, wohin die Vorsorgegelder fliessen. Zuerst lautet die Antwort: „Die Pensionskasse Stadt Rapperswil-Jona hält keine Aktien oder Anteile von Kriegsmaterialproduzenten.“ Auf die Nachfrage, ob damit auch Fondsprodukte ausgeschlossen wurden, in denen Anteile von Rüstungsfirmen enthalten sind, wird ein Anlageprodukt eingeräumt, das einen Index von globalen Unternehmen abbildet („MSCI AC World ex Switzerland“). In diesem Fonds sind Rüstungsunternehmen wie beispielsweise Rheinmetall, Thales, Krauss-Maffei oder Lockheed Martin enthalten (um nur einige zu nennen). Die Pensionskasse Stadt Rapperswil-Jona ist indirekt also sehr wohl an Waffenproduzenten beteiligt. Der Geschäftsführer der Pensionskasse Stadt St. Gallen antwortet sehr ausführlich und legt die Anlagestrategie dar. Ob all der Begrifflichkeiten wie Faktor-Investing, ausgewogene und umfassende Anlagepolitik, Anlagediversifikation usw. könnte es einem fast die Sinne vernebeln. Fakt bleibt: Auch die Pensionskasse Stadt St. Gallen investiert in Waffenproduzenten. Immerhin wird abschliessend versprochen: „Im Zusammenhang mit der Überarbeitung unseres Anlagereglements (2018-2019) werden wir das von ihnen angesprochene Thema im Sinne der Nachhaltigkeit sicher nochmals bearbeiten.“

### **Nicht zu rechtfertigen**

Dieses Beispiel zeigt: Eigentlich sind Investitionen in Waffenproduzenten nicht zu rechtfertigen. schon gar nicht bei Pensionskassen der öffentlichen Hand. Einerseits stammt ein erheblicher Teil des Geldes aus Steuergeldern. Andererseits handelt es sich um das persönliche Spargeld von Staatsangestellten. von denen wohl die Allerwenigsten goutieren. dass mit ihrer Altersvorsorge Geld mit Krieg und Elend verdient wird. Die Volksinitiative gibt den Versicherten nun eine Mitsprache. wo ihr Geld investiert werden darf - sicher nicht in Kriegsgeschäfte!

### **Was die Initiative will**

Im Juni wurde die Volksinitiative „Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten“ eingereicht. Sie will es der Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge (AHV und Pensionskassen) verbieten, ihr Geld in Kriegsmaterialproduzenten zu investieren. Verboten wären nicht nur direkte Investitionen via Aktienkäufe, sondern auch der Besitz von Fondsanteilen, die keinen expliziten Ausschluss von Rüstungsunternehmen vorgenommen haben.

Felix Birchler.

Links St. Gallen, Nr. 5, 2018-10-01

Links > Pensionskassen. Waffen-Exporte. Links, 2018-10-01